



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Africanus: Parteipolitische Verhältnisse in der Südafrikanischen Union

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Lassen Sie mich abbrechen. Das, was zum Ende führte, ist ja noch in frischer, blutender Erinnerung: die planmäßige Vorbereitung der Niederlage durch Zersetzung der bewaffneten Macht, deren sich Wortführer der Unabhängigen öffentlich gerühmt haben; der „Dolchstoß in den Rücken“ des Heeres im Augenblick, als es nach Erlöschen der Siegeshoffnung galt, einen Diktatfrieden abzuwehren; die Erdrosselung des letzten Willens zur Verteidigung, der Druck auf Annahme der vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland wehrlos der Raub- und Rachgier seiner Feinde überantwortete; endlich die Umwälzung selbst, die im Augenblicke äußerster Not des Vaterlandes alle Autorität, allen Zusammenhalt, alle Möglichkeit zum Widerstande vernichtete. Über diese Bergeslast von Schuld, die sich die Sozialdemokratie aufgeladen hat — die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit! Denn ihre Saat, jahrzehntelang in einmütiger Arbeit gestreut, wenn auch durch zahllose Fehler der Regierung und der anderen Parteien gedüngt, ist es gewesen, die in jenen schwarzen Herbsttagen aufging, und was die Radikalen mit Vorbedacht herbeiführten, haben die Mehrheitssozialisten, um nicht unter die Räder zu kommen, wenigstens nachträglich gedeckt und mitgemacht — über all dies Unnennbare kann ich beim besten Willen nicht mit der Gelassenheit reden, die zu wahren ich mir alle Mühe gebe, um brennende Streitfragen mit einem alten Freunde in Freundschaft zu besprechen.



Parteipolitische Verhältnisse in der Südafrikanischen Union

Don Africanus



nach Verhandlungen, die viele Monate dauerten und oft zu scheitern drohten, schlossen sich am 31. Mai 1910 die vier britischen Kolonien in Südafrika: Kapkolonie, Natal, Oranjesfreistaatkolonie und Transvaal, zur Südafrikanischen Union („Union of South Africa“ lautet die amtliche englische Bezeichnung) zusammen. Die zu überwindenden Schwierigkeiten waren ungeheure gewesen. Um nur eine davon zu erwähnen: Jede der vier Kolonien hatte ihr eigenes Ministerium, und die Zustimmung zum Zusammenschluß bedeutete für die große Mehrzahl der Minister das politische Charakiri. Die Selbstverleugnung und politische Einsicht dieser Männer verdient Bewunderung. Ein großer Teil des Verdienstes am Zustandekommen dieses für Südafrika so wichtigen Werkes gebührt übrigens der Staatskunst und dem Takt eines Mannes, dem die Geschichte bisher noch nicht den gebührenden Tribut zollt, vielleicht weil seine Bescheidenheit einen der stärksten Züge seines vornehmen Charakters bildet. Es ist dies Lord Selborne, wohl der größte und fähigste Generalgouverneur, den Südafrika je gehabt hat.

Ein weiterer Mann, der an dem Zustandekommen der Union hervorragend beteiligt war, ohne in der Öffentlichkeit sehr hervorzutreten, war Jan Hendrik Hofmeyr, einer der bedeutendsten Führer der Burenpartei in der Kapkolonie und Gründer des „Afrikanerbond“, des Bundes der Afrikaner, der im politischen Leben Südafrikas während einiger Jahrzehnte eine wichtige Rolle spielte und in der

Hauptfache die buriſchen, deutſchen und holländiſchen Elemente, die Südafrika als ihre Heimat betrachten, umfaßte. Hofmeyer war ſchon bei Beginn der Verhandlungen über die Gründung der Union ſehr kränklich und hat die Vollendung der großen politiſchen Umwandlung Südafrikas nicht mehr erlebt. Er ſtarb am 16. Oktober 1909.

Noch in letzter Stunde drohten die Verhandlungen an einer verhältnismäßig nebensächlichen Frage zu ſcheitern. Die Kapkolonie, als die älteſte Kolonie, verlangte, daß Kapſtadt die Unionshauptſtadt ſein ſollte, während die Delegierten des Transvaal, als der wiſchaftlich wichtigſten Kolonie, dieſes Vorrecht für Pretoria forderten. Ihr Führer, General Botha, erklärte rundweg, daß er es gar nicht wagen könne, nach dem Transvaal zurückzukehren (es wurde damals in Kapſtadt verhandelt), „ohne die Hauptſtadt mitzubringen“. Schließlich kam eine Einigung auf der Baſis zuſtande, daß Pretoria der Sitz der Regierung, Kapſtadt der Sitz des Parlaments ſein ſolle: Die Miniſter müſſen alſo zu jeder Parlamentsſitzung, begleitet von einem zahlreichen Stab von Beamten, von Pretoria nach Kapſtadt überſiedeln. Berücksichtigt man, daß die ſchnellſten zwiſchen den zwei Städten verkehrenden Züge 36 Stunden gebrauchen, ſo ergibt ſich ein Verhältnis, wie wenn die deutſche Regierung in Berlin, der Reichstag aber etwa in Rom wäre! Ein auf die Dauer unhaltbarer Zuſtand.

Nach der Verfaſſung ſetzt ſich die geſetzgebende Körperſchaft aus zwei Kammern zuſammen. Das Oberhaus, der Senat, hat 40 Mitglieder. Acht davon waren von dem Generalgouverneur mit Zuſtimmung der Unionsminiſter zu ernennen, und je acht wurden von den Mitgliedern der vier früheren Einzelparlamente gewählt. Der Senat behält ſeine urſprüngliche Zuſammensetzung für zehn Jahre, nach dieſer Zeit kann das Unionsparlament die Zuſammensetzung ändern und einen neuen Wahlmodus einführen. — Das Unterhaus (englisch: House of Aſſembly) hatte urſprünglich 121 Mitglieder, wovon 51 auf die Kapkolonie, 17 auf Natal, 17 auf die Oranjeſtufkolonie und 36 auf den Transvaal entfielen. Das Unterhaus hat eine Dauer von fünf Jahren, wenn es nicht früher aufgelöst wird. Alle fünf Jahre findet eine Zählung der Wähler ſtatt und die Zahl der Abgeordneten wird auf Grund der Zählergebnisse revidiert und gegebenenfalls vergrößert, bis die Zahl 150 beträgt; dieſe ſoll nicht überſchritten werden. Für die letzte Wahl, die am 10. März dieſes Jahres ſtattand, war die Zahl der Abgeordneten auf 134 feſtgeſetzt.

Die Regierungsform lehnt ſich an die britiſche an. An der Spitze der Regierung ſteht der Generalgouverneur als Vertreter des Königs; ihm zur Seite ſteht ein ausführender Rat (Executive Council), der ſich aus den Miniſtern zuſammensetzt. Die Miniſter müſſen Mitglieder des Senats oder des Unterhauſes ſein und ſind dem Parlament verantwortlich, ſie behalten alſo ihr Amt nur ſo lange, als eine Mehrheit im Parlament ſie ſtützt. Die Zahl der in der Verfaſſung vorgeſehenen Miniſterportefeuilles iſt zehn.

Wie in einem Gebiet mit ſo weitgehender Selbſtverwaltung, wie die Union ſie beſitzt, nur natürlich, ſpielt der Generalgouverneur im parlamentariſchen Leben eine ähnlich paſſive Rolle, wie der König von England. Er hat das Recht, ein Veto gegen ein vom Parlament angenommenes Geſetz einzulegen, hat davon aber in den zehn Jahren des Beſtehens der Union noch nie Gebrauch gemacht. Er kann ebenſo-

wenig, wie der König von England, einen Minister ernennen, sondern muß einen führenden Parlamentarier mit der Bildung eines Ministeriums beauftragen.

Nachdem die Union konstituiert war, sandte der Generalgouverneur, in der richtigen Voraussetzung, daß die „Afrikaner“ bei den Parlamentswahlen die meisten Sitze gewinnen würden, nach deren Führer, dem General Louis Botha, und beauftragte ihn mit der Bildung des Ministeriums. Botha besetzte das Kabinett fast ganz mit seinen Parteigängern. Er übernahm selbst das Amt des Premierministers und das Portefeuille der Landwirtschaft und verteilte die anderen Portefeuilles wie folgt: An Parlamentarier vom Transvaal zwei, an solche der Kapkolonie vier, an solche der Oranjesfreistaatkolonie zwei, während ein Posten an einen Vollblut-Engländer, als Vertreter der Kolonie Natal, fiel. Das erste Kabinett hatte folgende Zusammensetzung:

Premierminister und Landwirtschaftsminister: General Louis Botha;
 Inneres und Verteidigung: General J. C. Smuts;
 Eisenbahnen und Häfen: J. W. Sauer;
 Justiz: General J. B. S. Herzog;
 Erziehungswesen: J. S. Malau;
 Finanzen: H. C. Hull;
 Öffentliche Ländereien: A. Fisher;
 Eingeborenenangelegenheiten: H. Burton;
 Post und Telegraphie: B. D. de Villiers Graaff;
 Handel, Industrie und öffentliche Arbeiten: Oberst G. Leuchars.

Die Wahlen fanden am 15. September 1910 statt und brachten mancherlei Überraschungen, unter anderen auch die, daß General Botha selbst durchfiel, was ihn so verärgerte, daß damals von manchen Seiten mit seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben gerechnet wurde. Er entschloß sich aber, zu bleiben, und es wurde natürlich ein sicherer Wahlkreis für ihn frei gemacht. Die Wahlen hatten das folgende Ergebnis: Nationalisten 66, Unionisten 39, Unabhängige 12, Arbeiter 4 Sitze.

Vor den Wahlen bestanden in Südafrika eigentlich nur zwei Parteien, die „Nationalisten“ oder Buren, und die „Unionisten“, die sich ganz überwiegend aus Engländern zusammensetzten. Von den Arbeitern konnte man als von einer Partei kaum reden. Bemerkenswert groß war die Zahl der Unabhängigen; nicht weniger als 11 waren in Natal gewählt worden, und sie bestanden meist aus Leuten, die noch zögerten, welcher der beiden großen Parteien sie sich anschließen sollten.

Die Bezeichnung „Nationalisten“ hatte bis dahin ausschließlich für die Buren gegolten. General Botha sah darin einen Nachteil für seine Partei, die er auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen wünschte, und gab ihr nach den Wahlen den Namen „Südafrikanische Partei“. Dies war von Erfolg begleitet, mehrere Unentschlossene traten der Partei bei, und auch sonstige Abgeordnete englischer Abstammung schlossen sich ihr an. Tatsächlich ist die vielfach verbreitete Ansicht, daß die beiden großen Parteien lediglich Gegensätze zwischen Briten und Buren darstellten, unrichtig. Auch ist die Annahme, daß die Südafrikanische Partei die ländlichen, die Unionistenpartei die städtischen Interessen vertrat, in dieser Verallgemeinerung nicht zutreffend. Vielleicht läßt sich der Unterschied am besten so erklären, daß die Südafrikanische Partei dazu neigt, das südafrikanische Interesse über

das von Großbritannien zu stellen, während bei den Unionisten das Umgekehrte der Fall ist.

Bis Ende 1912 hatten sich in den Stärkeverhältnissen der Parteien folgende Verschiebungen ergeben: Die Südafrikanische Partei hatte 78, die Unionisten hatten 34 Sitze; die Zahl der Arbeitervertreter war 5, die der Unabhängigen 4. General Botha verfügte also über eine stärkere Majorität, als zu Anfang seiner Amtsführung.

Aber schon damals machten sich Anzeichen des Zerfalls der Südafrikanischen Partei bemerkbar. Der Justizminister, General Herzog, geriet immer mehr mit seinen Kollegen im Ministerium in Widerspruch; er warf ihnen zuerst in versteckter Form, dann immer unverblümt vor, daß sie Großbritannien gegenüber zu Liebedienerisch seien und die Interessen der Südafrikanischen Union vernachlässigten. Auch trat er in sehr heftiger Weise gegen die englische Sprache im öffentlichen Leben und in den Schulen auf und entfremdete damit die englischen Elemente, die anfänglich mit der Südafrikanischen Partei sympathisiert hatten. General Botha entschloß sich schließlich, den ungebärdigen Gefolgsmann loszuwerden; er reichte dem Generalgouverneur im Dezember 1912 die Demission des Kabinetts ein, wurde aber mit der Neubildung des Ministeriums betraut. Aus dem ursprünglichen Kabinett waren schon vorher zwei Minister ausgeschieden. Botha übernahm wieder das Amt des Premierministers und das Ministerium für Landwirtschaft und bildete sein Kabinett im übrigen wie folgt:

Eisenbahnen und Häfen: Henry Burton;

Finanzen und Verteidigung: General Smuts;

Justiz und Eingeborenenangelegenheiten: J. W. Sauer;

Erziehungswesen und Bergwerke: F. S. Malau;

Innere und öffentliche Ländereien: A. Fisher;

Post, Telegraphie und öffentliche Arbeiten: Sir Thomas Watt;

Minister ohne Portefeuille: Sir P. D. de Villiers Graaff.

General Herzog trat nun offen in die Opposition und bildete eine eigene neue Partei, für die er die alte Bezeichnung „Nationalistenpartei“ wieder ins Leben rief. Zuerst war seine Gefolgschaft nur gering, aber seiner Beredsamkeit und geschickten Taktik gelang es bald, weitere Anhänger zu gewinnen. Damit führte er eine Zerspaltung der Stimmen der Buren im Parlament herbei und schuf aus seinen Anhängern eine zweite Opposition. Aber er konnte zunächst dem Kabinett nicht gefährlich werden; schon aus dem Grunde, weil die Unionisten ihm, als dem verkörperten Mittelpunkt der englandfeindlichen Richtung, gewiß nicht geholfen hätten, die Regierung zu stürzen.

Als General Botha bei Ausbruch des Weltkrieges nach einigem Zögern zu erkennen gab, daß er das Heil Südafrikas in der Teilnahme am Kriege auf der Seite Großbritanniens sah, vertiefte sich der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen der Buren noch erheblich, denn General Herzog und seine Anhänger verfolgten mit aller Heftigkeit die Forderung strenger Neutralität. Gerade dadurch aber gewann Bothas Kabinett an Festigkeit, denn die Unionisten versprachen in aller Form, das Ministerium während der Dauer des Krieges, solange es an seiner Loyalität England gegenüber festhalte, zu stützen.

Einige extreme Elemente der Nationalisten glaubten kurz nach Ausbruch des Weltkrieges, daß der Augenblick günstig sei, um die britische Herrschaft abzuschütteln.

Da sie wußten, daß das Ministerium für solche Pläne nicht zu haben war, erhoben sie sich Anfang Oktober 1914 mit bewaffneter Hand und versuchten, die Macht an sich zu reißen. An die Spitze der Auführer stellte sich General Beyers, ein allgemein geachteter, tüchtiger Mann. Er war bis zum Ausbruch des Weltkriegs Oberstkommandierender der Streitkräfte der Union gewesen, war aber zurückgetreten, da er den von dem Ministerium beschlossenen Feldzug gegen Deutsch-Südwestafrika schärfstens mißbilligte. Ein weiterer Führer des Aufstandes war der aus dem Burenkrieg so allgemein bekannte General de Wet. — Aber die Leiter der Erhebung hatten offenbar weder die allgemeine Stimmung unter den Buren, noch die Energie und die Machtmittel der Regierung richtig beurteilt. Der Aufstand wurde in kurzer Zeit niedergeschlagen, General Beyers fand auf der Flucht seinen Tod in den Wellen des Baalkflusses und General de Wet mußte ins Gefängnis wandern. Dem General Herzog konnte trotz vorhandener Verdachtsgründe keine Schuld an dem Aufstande nachgewiesen werden.

Im Oktober 1915 fanden die verfassungsmäßigen Neuwahlen für das Parlament statt. Sowohl Unionisten wie Nationalisten und die Südafrikanische Partei entfalteten eine fieberhafte Wahlpropaganda. Das Ergebnis war wie folgt: Südafrikanische Partei 54, Unionisten 40, Nationalisten 27, Arbeiter 4, Wilde 5 Sitze. General Botha hatte somit keine Majorität mehr, denn im Grunde waren sowohl die Unionisten wie die Nationalisten für ihn Opposition. Die Wilden stimmten gewöhnlich mit den Unionisten, während die Arbeiter ein unberechenbarer Faktor waren. Wie gesagt, konnte aber das Ministerium auf die Unterstützung der Unionisten rechnen, und ist tatsächlich mit ihrer Hilfe die ganze Zeit im Amte geblieben; die öfter erhobene Forderung, daß ein Koalitionsministerium gebildet werden solle, in dem die Unionisten einige Sitze zu erhalten hätten, ist von General Botha nicht bewilligt worden.

Das parlamentarische Leben der südafrikanischen Union bildet bis zum Ende des Weltkriegs keine für die Außenwelt sehr bemerkenswerten Ereignisse. General Herzog gab aber immer deutlicher zu erkennen, daß er und seine Partei als letztes Ziel die völlige Loslösung vom britischen Reiche und die Gründung einer das ganze Gebiet der Union umfassenden südafrikanischen Republik ins Auge gefaßt haben.

Es kam der Zusammenbruch der Mittelmächte und damit der Kampf um die 14 Punkte des Präsidenten Wilson, die auch das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker einschlossen. General Herzog und einige andere Führer der Nationalisten nahmen dieses Recht der Selbstbestimmung auch für die Bevölkerung Südafrikas in Anspruch; sie kamen in den ersten Monaten des letzten Jahres nach Europa und versuchten, eine Unterredung mit dem Präsidenten Wilson zu erreichen, was ihnen aber nicht gelang. Dagegen hatten sie eine Besprechung mit dem britischen Premierminister, Lloyd George. Es fiel diesem klugen und schlagfertigen Parlamentarier nicht schwer, die Deputation in der öffentlichen Meinung ins Unrecht zu setzen. Tatsächlich stand auch ihre Sache auf einem etwas schwachen Fundament. Sie konnten bei ihrer Forderung der Selbstbestimmung unmöglich geltend machen, daß sie ein Mandat von der ganzen Union habe, denn in der Kapprovinz war der Wunsch, die Unabhängigkeit von Großbritannien zu erlangen, bis dahin nicht in so energischer Weise laut geworden, daß man hätte annehmen müssen, ein beachtenswerter Teil der Bevölkerung stehe hinter einer solchen Bewegung; in der Natalprovinz stand die

probritische Stimmung der überwiegenden Mehrzahl der Bewohner sogar außer allem Zweifel. General Herzog und seine Kollegen beschränkten sich daher darauf, von dem britischen Premierminister nur das Recht der Selbstbestimmung für die beiden annektierten Inlandsstaaten, den Transvaal und die Oranjesfreistaatkolonie, zu fordern.

Lloyd George wies in seiner Erwiderung zunächst darauf hin, daß die Burenführer, als der Burenkrieg sein Ende erreichte, nicht bedingungslos die Waffen streckten, sondern sich in dem Friedensvertrag von Vereeniging vom 31. Mai 1902 ausdrücklich bereit erklärten, die britische Oberhoheit anzunehmen. Sodann legte er mit allem Nachdruck dar, daß der Zusammenschluß der vier südafrikanischen Kolonien zur Union ohne den geringsten Druck oder irgendeine Einwirkung von England zustande gekommen sei; es sei eine reine innerafrikanische Angelegenheit gewesen. Die beiden binnenländischen Kolonien hätten damals bereits Selbstverwaltung gehabt und Parlamente besessen, die aus freien, allgemeinen Wahlen der Landesbewohner hervorgegangen seien. Diese Parlamente hätten einstimmig den Vertrag ratifiziert, der zur Bildung der Union geführt habe. Der Vertrag sehe nicht vor, daß einer oder der andere Teil beliebig früher oder später wieder zurücktreten könne. Es handle sich somit um ein feierlich und in aller Form abgeschlossenes Bündnis der vier früheren Kolonien unter- und miteinander, und die britische Krone würde, selbst wenn sie es wünschte, gar kein Recht haben, einzelne Kontrahenten dieser Abmachung von ihrer Vertragspflicht zu entbinden.

Die Deputation kehrte also unverrichteter Sache nach Südafrika zurück.

Am 27. August 1919 starb der Premierminister der Union, General Botha. Die Südafrikanische Partei erlitt dadurch einen schweren Verlust, der um so mehr ins Gewicht fiel, als die Neuwahlen heranrückten. General Smuts, der mit Zustimmung des ganzen Ministeriums an seine Stelle trat, verfügt im Lande nicht über die allgemeine Beliebtheit Bothas.

Schon lange, ehe der Tag der Parlamentswahlen feststand, begann eine Wahl-agitation, wie sie bisher in der Geschichte Südafrikas nicht dagewesen war, und der Kampf wurde mit äußerster Erbitterung geführt.

Den Unionisten fehlte es an einem überragenden Führer und auch an einem zugkräftigen Kampfruf für die Wahl. Es war von Anfang an klar, daß sie schlecht abschneiden würden.

Unders die Arbeiterpartei; ihr kam zunächst die durch den Krieg hervorgerufene starke sozialdemokratische und kommunistische Strömung zustatten, die auch in Südafrika nicht ohne Einfluß geblieben ist. Außerdem war die Bevölkerung, namentlich in den Städten, über die während des Krieges eingetretene Preistreiberei und Preisteuerung sehr erbittert, und die Arbeiter versprachen hier schnellste und gründlichste Abhilfe. Es mußte also mit einer starken Zunahme der Arbeiter im Parlament gerechnet werden.

Ausschlaggebend für das fernere Geschick der Union erschien naturgemäß das künftige Zahlenverhältnis der Anhänger der beiden Burenparteien im Parlament, und hier tobte der Kampf am wildesten. Die beiden Führer, General Smuts und General Herzog, leisteten monatelang eine geradezu herkulische Arbeit; unausgesetzt reisten sie im Lande umher, besuchten Wahlversammlungen und hielten Reden, wobei es auf beiden Seiten an bitteren Vorwürfen und Schmähungen nicht fehlte.

General Herzog bezeichnete den Premierminister als einen Diener der britischen Herrschsucht, als Verräter an den wahren Interessen Südafrikas, er warf ihm vor, daß er der Union ganz unnötigerweise eine schwere Schuldenlast aufgebürdet habe, um einen nur zu englischem Vorteil dienenden Krieg zu führen. Im übrigen führte er aber in bezug auf das Verhältnis der Union zu Großbritannien eine verhältnismäßig ruhige Sprache; er ließ zwar keinen Zweifel daran aufkommen, daß er die völlige Unabhängigkeit Südafrikas von Großbritannien anstrebe, er forderte aber nicht zu Gewaltmitteln auf und gab zu erkennen, daß er das Ziel auf „konstitutionellem Wege“, d. h. mittels eines Mehrheitsbeschlusses des Parlaments oder Volkes herbeizuführen wünsche. Einigen seiner Anhänger ging dies allerdings nicht weit genug, sie sprachen sich viel schärfer und leidenschaftlicher aus.

Smuts bezichtigte Herzog der Untreue und des Wortbruchs, da er die von ihm selbst mitunterzeichneten Verpflichtungen des Friedensvertrags von Vereeniging beiseite setzen wolle. Er warf Herzog außerdem vor, ein rechthaberischer Eigenbröddler zu sein, der Verwirrung und Uneinigkeit in die Reihen der Buren getragen und dadurch ihren Feinden in die Hände gearbeitet habe. Zugleich aber trug General Smuts dem unter den Buren stark ausgeprägten Unabhängigkeitsgefühl in sehr geschickter Weise Rechnung. Er sagte, daß die ganze Unabhängigkeitsbewegung des Generals Herzog und seiner Anhänger überflüssig sei, da die südafrikanische Union tatsächlich bereits unabhängig sei. Das britische Reich (Empire) habe am 4. August 1914 aufgehört zu bestehen, es sei nur noch eine Art Staatenbund, dessen einzelne Teile, die „Dominien“, das volle Selbstbestimmungsrecht besäßen, und dessen gemeinsames Bindeglied lediglich in der Krone bestehe. Er gab bei einer Wahlrede zu, daß die britische Flagge bei den Südafrikanern unangenehme Erinnerungen erwecke und sprach sich für die Schaffung einer eigenen Unionsflagge aus. Er versprach, die englische Uniform bei den südafrikanischen Truppen abzuschaffen (was ihm bittere Anfeindungen, namentlich von der Natalprovinz aus, eintrug); er tat in einer Rede in Beerust den aufsehenerregenden Ausspruch, daß die Holländer — womit er wohl die Buren holländischer Abstammung meinte — wenig Ursache hätten, das britische Reich zu lieben.

Es versteht sich, daß diese Aussprüche in England nicht immer angenehm berührten. Aber die dortige beneidenswert politisch geschulte Presse verstand es, daran ohne viel Aufhebens vorbeizugehen.

Die Wahlen am 10. März 1920 ergaben die nachstehenden Stärkeverhältnisse im Parlament:

| | |
|----------------------------------|----|
| Nationalisten | 44 |
| Südafrikanische Partei | 41 |
| Unionisten | 25 |
| Arbeiter | 21 |
| Wilde | 3. |

Das Ministerium war nun in eine höchst schwierige Lage geraten; selbst wenn es sich auf die Mitglieder der Südafrikanischen Partei zusammen mit den Unionisten weiterhin stützen konnte, so hatte es keine Majorität, mit der eine Regierung möglich schien, denn auf die Stimmen der Arbeiter war keinerlei Verlaß. Man glaubte

baher in manchen Kreisen, daß der Premierminister Smuts dem Generalgouverneur das Rücktrittsgesuch des Ministeriums einreichen und es auf einen nochmaligen Wahlgang ankommen lassen werde. Man irrte sich aber; Smuts beschloß, den Versuch zu machen, am Ruder zu bleiben. Zwei der Minister, nämlich der Finanzminister und der Landwirtschaftsminister, waren bei den Wahlen unterlegen. General Smuts mochte selbst nicht mit einer langen weiteren Amtsdauer des Kabinetts rechnen, denn er ersetzte diese Minister nicht durch neue Männer. Die Portefeuilles wurden wie folgt neu verteilt:

Premierminister, Minister der Verteidigung und für Eingeborenenangelegenheiten: General J. C. Smuts;
 Landwirtschaft, Bergbau, Unterricht: F. S. Malau;
 Finanzen: H. Burton;
 Inneres, Eisenbahnen und Häfen, Gesundheitswesen: Sir Thomas Watt;
 Justiz: N. J. de Wet;
 Öffentliche Ländereien: Oberst H. Menz;
 Post und Telegraphie: Sir J. A. C. Graaff.

Dieses Ministerium ist noch heute im Amt. Alle Minister gehören nach wie vor der Südafrikanischen Partei an.

General Smuts hat es ermöglicht, das Schiff seiner Regierung durch alle Klippen der ersten Session des neuen Parlaments hindurchzusteuern. Er konnte mit Recht erwarten, daß ihm die Unionisten keine nennenswerten Schwierigkeiten bereiten würden. Die Gefahr drohte naturgemäß in erster Linie von den Nationalisten, und diese versuchten denn auch wiederholt, den Sturz des Kabinetts herbeizuführen; aber ihre Zahl allein reichte dazu nicht aus. Von den Unionisten konnten sie keine Hilfe erwarten, aber auch die Arbeiterpartei lehnte es ab, sich zu Vorspanndiensten gebrauchen zu lassen. Den Arbeitern war zwar das Ministerium keineswegs sympathisch, aber die Nationalisten waren noch weit weniger nach ihrem Geschmack, weil diese allen Neuerungen sozialistischer oder gar kommunistischer Richtung besonders schroff ablehnend gegenüberstehen. Die Arbeiterpartei schloß sich daher den Nationalisten in ihrem Kampf gegen das Kabinett nicht an. Ja, es ergab sich sogar wiederholt eine recht komische Lage; die Arbeiterpartei beantragte eine für das Kabinett unannehmbare Resolution, die Nationalisten ergriffen begierig die Gelegenheit, die Regierung zu Fall zu bringen, aber sobald die Arbeiter bemerkten, daß die Regierung in ernstliche Gefahr geriet, machten sie nicht mehr mit, sondern verließen vor der Abstimmung in solcher Anzahl den Saal, daß das Ministerium noch über eine, wenn auch kleine Mehrzahl verfügte.

Am 17. August wurde die erste Session geschlossen; das Parlament wird aller Voraussicht nach erst Anfang nächsten Jahres wieder zusammentreten.

Die Männer, die seit dem Zustandekommen der Union ganz besonders im Brennpunkt des öffentlichen Interesses standen, sind die Generale Botha, Smuts und Herzog, die alle drei ihr Ansehen bei ihren Landsleuten ursprünglich ihrer Gegnerenschaft gegen England, ihren Taten im Kriege gegen dieses Reich zu verdanken hatten.

Botha und Smuts, die bis zum Tode des ersteren eng zusammengehalten haben, sind in Deutschland sehr verschiedenartig beurteilt worden. Man sah mit-

unter die Ansicht vertreten, daß Botha der Titane war, in dessen Schatten Smuts lebte, dann wieder wurde angenommen, daß Botha ein ziemlich unbedeutender Mann war und ganz unter dem Einfluß von Smuts stand und handelte. Diese beiden extremen Ansichten sind völlig irrig.

Louis Botha war eine durchaus selbständige Persönlichkeit und besaß zweifellos hervorragende Eigenschaften. Er hatte ein großes Maß von gesundem Menschenverstand und, wie dies unter den Buren nicht selten vorkommt, eine starke natürliche Begabung für das Kriegshandwerk. Außerdem hatte er die ebenfalls unter den Buren vielfach anzutreffende Gabe großer Redegewandtheit. Sein Einfluß auf seine Landsleute ging sehr weit, was nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen war, daß er als Landwirt zu ihren Kreisen gehörte, und daß er auch an Bildung nicht wesentlich über ihrem Durchschnitt stand. Noch im Jahre 1907, als er Premierminister der Transvaalkolonie wurde, beherrschte er die englische Sprache nur unvollkommen; er hat sich allerdings später darin weitergebildet, aber noch während seines letzten Aufenthalts in Europa hat er öffentliche Reden nicht auf Englisch, sondern unter Zuziehung eines Dolmetschers auf Napholländisch gehalten.

Jan (Johannes) Smuts ist eine von Botha sehr verschiedene Individualität, schon aus dem Grunde, weil er an Bildung weit über ihm steht. Er ist von Beruf Rechtsgelehrter und hat in Cambridge studiert. Die Tatsache, daß er nicht Landwirt ist, daß er ein für einen Südafrikaner hohes Maß von Bildung besitzt, bringt es mit sich, daß seine Landsleute ihm etwas fremd gegenüberstehen, daß sie ihm nicht das unumschränkte Vertrauen entgegenbringen wie dem verstorbenen Botha. Smuts ist ein Mann von durchdringendem Verstand und hervorragender politischer Begabung, von einer glänzenden Rednergabe und von großer Schlagfertigkeit. Seine völlige Beherrschung des Englischen sowohl wie des Napholländischen kommt ihm im öffentlichen Leben natürlich sehr zustatten. Wenn es auch unwarhr ist, daß er Botha „gegängelt“ hat, so ist es doch unverkennbar, daß sein Rat bei den Entschlüssen Bothas oft eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Die beiden Männer haben sich in der glücklichsten Weise ergänzt, und wenn Smuts auch durch den Tod Bothas an die erste Stelle gerückt ist, so ist doch anzunehmen, daß das frühere Verhältnis ihm lieber war, denn er weiß gut genug, daß er nicht in gleicher Weise von der Zuneigung und dem Vertrauen eines großen Teils der Buren getragen wird, wie sein Vorgänger.

General J. B. M. Herzog ist ebenfalls Jurist; er hat in Holland, England und Deutschland studiert, beherrscht natürlich das Englische, Hochholländische und Napholländische vollkommen und spricht auch mit ziemlicher Geläufigkeit Deutsch. Er ist ein sehr sympathischer, vornehmer Charakter, und auch seine politischen Gegner wagen keinen Zweifel an der Lauterkeit seiner Beweggründe zu äußern. Bei Ausbruch des Burenkrieges war er oberster Richter im Oranjestreitstaat. An Bildung steht er natürlich hinter Smuts nicht zurück, wohl auch nicht an Intelligenz, aber er reicht an staatsmännischer Begabung und an Rednertalent schwerlich an ihn heran, und wenn man dagegen geltend macht, daß er heute der Führer der stärksten Fraktion im Parlament ist, so ist zu erwidern, daß ihm zweierlei zuhülfe kam: Der tiefgewurzelte Freiheitsdrang der Buren und die unverzeihlichen Fehler der englischen politischen Taktik während des Weltkrieges, dieser Politik, die sehr treffend als „Eintagspolitik“ bezeichnet worden ist. Daß die Union nur gezwungen in den

Krieg eingetreten ist, weiß man in Südafrika heute allgemein; die rund dreißig Millionen Pfund Sterling, die der Krieg der Union gekostet hat, würde man, auch im Hinblick auf den durch Deutsch-Südwestafrika erhaltenen Gebietszuwachs, allenfalls verschmerzen; aber das Hineinziehen der Schwarzen in den Krieg war ein geradezu ungeheuerlicher Fehler, dessen Folgen man in den Kreisen der wirklichen Kenner des Landes, der Buren, mit größter Besorgnis entgegenfieht. Noch ein weiterer Umstand ist der Nationalistischen Partei zugute gekommen: Das maßlose Schimpfen und Hehen der englischen Presse gegen alles, was deutsch ist. Es ist schwer verständlich, daß die sonst politisch so einsichtige Presse in England nicht versteht, wie sehr sie der eigenen Sache in Südafrika damit schadet. Der Bur erinnert sich bei der Schimpferei immer aufs neue daran, was im Burenkrieg alles über ihn gesagt und geschrieben worden ist; bei der ewigen Aufwärmung der deutschen „Greuel“ weist er auf ein Monument in Bloemfontein hin, das dem Andenken an über 25 000 Frauen und Kinder gewidmet ist, die in den englischen Konzentrationslagern elend ums Leben gekommen sind. Mit Ekel und Verachtung blickt er auf die noch heute fortgesetzte Verunglimpfung eines unterlegenen Gegners. Daß besonders die Buren deutscher Abstammung (und ihre Zahl ist groß) durch dieses wüste Treiben der englischen Sache völlig entfremdet werden, versteht sich von selbst.

Der Leser wird fragen, wie es denn unter so bewandten Umständen geschehen konnte, daß die Buren überhaupt gegen Deutschland die Waffen ergreifen konnten. Darauf möchten wir heute die Antwort schuldig bleiben; für eine Erörterung dieser Gründe ist es zu früh. Das deutsche Volk möge aus der Tatsache nur die eine dringende Lehre ziehen, daß auf Völkerverbindungen kein Verlaß ist. So wenig wie der Soldat im Felde darüber nachsinnen kann, ob der Feind, den er durch Verwundung oder Tötung unschädlich machen soll, im Recht oder Unrecht ist, so wenig kann der Politiker sich bei seinen Maßnahmen von Sympathien oder Antipathien leiten lassen; der Vorteil seines Landes darf allein für ihn ausschlaggebend sein. Wer ihn dafür tadelt, beweist nur, daß ihm jedes Verständnis für Politik fehlt.

Wenn man, von ganz nüchternen Erwägungen ausgehend, fragt, ob ein Abfall der Südafrikanischen Union von England und die Gründung einer Republik nahe bevorsteht, so wird die Frage zu verneinen sein, ja, es wird sogar stark bezweifelt werden müssen, ob ein solcher Schritt klug wäre.

Die Union, deren weiße Bevölkerung weniger als 1½ Millionen beträgt, ist für eine unabhängige Existenz nicht reif, selbst wenn die Weißen in der Forderung der Unabhängigkeit einig wären. Das sind sie aber nicht; die Ansiedler englischer Nationalität und Abkunft wünschen dem Mutterlande treu zu bleiben, und wenn sie auch in der Minderheit sind, so ist ihre Zahl doch so beträchtlich, daß ein Bürgerkrieg zu befürchten wäre, wenn der Abfall von England proklamiert würde. Die etwa 5 Millionen Farbigen und Schwarzen in der Union bilden nicht ein Element der Stärke, sondern der Schwäche, da sie sehr zur Unbotmäßigkeit neigen.

Ein unabhängiges Südafrika könnte ohne Anlehnung an eine Großmacht nicht bestehen. Welche könnte dies sein? Deutschland scheidet auf lange Jahre aus; Frankreich oder Italien kommen nicht in Betracht; die Vereinigten Staaten von Amerika wollen sich auf überseeische Abenteuer nicht mehr einlassen und werden wenig Lust haben, sich Südafrikas wegen der englischen Feindschaft anzuschließen.

Japan aber würde von dem unabhängigen Südafrika sofort die Zulassung der japanischen Einwanderung fordern, die heute untersagt ist.

Die militärische und maritime Macht Südafrikas ist sehr gering und wird es noch geraume Zeit bleiben. Die Zugehörigkeit zum britischen Reiche bietet die beste Sicherheit für die Verteidigung, ohne dem Land nennenswerte Lasten aufzuerlegen; im Gegenteil, der englische Flottenstützpunkt am Kap und die wenn auch kleinen englischen Garnisonen in Südafrika bilden eine nicht unerhebliche Einnahmequelle für das Land.

Man muß auch billigerweise zugeben, daß Großbritannien es sorgfältig vermeidet, in die inneren Verhältnisse der Union diktatorisch dreinzureden; es findet sich sogar mit Gesetzen und Maßnahmen ab, die seinen Interessen zuwiderlaufen. So zum Beispiel ist ihm das Verbot der Einwanderung der Inder sehr unangenehm, und es hat sich früher eine solche Maßnahme von seiten des unabhängigen Transvaal nicht bieten lassen, so daß man sagen kann, die Buren seien heute unabhängiger von Großbritannien als zur Zeit, als sie noch freie Republiken besaßen.

Auch General Herzog würde sich wohl, wenn seine Partei ans Ruder käme, Ermügunngen dieser Art nicht verschließen. Er würde zwar jedenfalls bestrebt sein, ein recht weites Maß von Unabhängigkeit von England durchzusetzen, er würde den südafrikanischen Standpunkt stark vertreten und die Interessen des britischen Reiches hintanzusetzen: er dürfte aber kaum so weit gehen, die völlige Unabhängigkeit der Union zu proklamieren und damit eine innere und äußere Krise heraufzubeschwören, die für sein Land verderblich werden könnte.



Die Großmächte und die Weltkrise*)

Von Friedrich von Berthelsdorfer



In seinem schweren Schicksal ringt das deutsche Volk nach Aufklärung über die Gründe, die den furchtbaren Zusammenbruch herbeiführten, über die Zusammenhänge, die die Not der Zeit verursachen, um auf solcher Erkenntnis den Weg zum Wiederaufbau und zur Zukunft zu finden. In Memoirenwerken haben an leitender Stelle stehende Persönlichkeiten, vom Standpunkt der Weltanschauung und der Partei aus, Politiker und Philosophen die Gründe des Unglücks darzulegen gesucht. Die Kritik der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages durch Keynes hat die ganze Welt auf furchtbare Gefahren für Europa hingewiesen. Aber für Keynes scheint es doch eine feststehende Grundtatsache, daß der Krieg und seine Entwicklung zu einem schonungslosen Kampf um Sieg oder Niederlage Deutschland zur Last zu legen ist, die Zusammenhänge werden

*) Die Großmächte und die Weltkrise. Von R. Kjellen. Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin.